



Europäische
Kommission

Die EU im Jahr 2019



DAS WICHTIGSTE IM ÜBERBLICK



Auf dem Deckblatt

1	2	3
4	5	6
	7	8
9	10	11

1. Ursula von der Leyen, Präsidentin der Europäischen Kommission, stellt den europäischen Grünen Deal auf der Tagung des Europäischen Rates vor. Brüssel (Belgien), 12. Dezember 2019 (© Europäische Union, 2019)
2. Die Staats- und Regierungschefs der EU-27 treffen sich zu einer informellen Tagung des Europäischen Rates, um über die Zukunft der Europäischen Union zu beraten. Sibiu (Rumänien), 9. Mai 2019 (© Europäische Union, 2019)
3. DiscoverEU-Reisende auf dem ersten DiscoverEU-Treffen, Nimwegen (Niederlande), 12. Juli 2019 (© Europäische Union, 2019)
4. Im Rahmen der Europäischen Woche des Sports findet vor dem Berlaymont-Gebäude, dem Hauptsitz der Europäischen Kommission, ein Rugby-Spiel für junge Menschen statt. Brüssel (Belgien), 23. September 2019 (© Europäische Union, 2019)
5. Die vier neuen Führungsspitzen der Organe der Europäischen Union: Christine Lagarde, Präsidentin der Europäischen Zentralbank, David Sassoli, Präsident des Europäischen Parlaments, Ursula von der Leyen, Präsidentin der Europäischen Kommission, und Charles Michel, Präsident des Europäischen Rates, Brüssel (Belgien), 1. Dezember 2019 (© Europäische Union, 2019)
6. Eine Installation im Bahnhof Bruxelles-Luxembourg wirbt für die Wahlen zum Europäischen Parlament. Ziel der Kampagne „Diesmal wähle ich“ ist es, die Wahlbeteiligung zu erhöhen. Brüssel (Belgien), 24. Mai 2019 (© Europäische Union, 2019)
7. Anlässlich der Konferenz „Unsere Wälder, unsere Zukunft“ nehmen Kinder an einer Baumpflanzaktion teil, mit der das Engagement der EU für nachhaltige Forstwirtschaft unterstrichen werden soll. Brüssel (Belgien), 26. April 2019 (© Europäische Union, 2019)
8. Antonio Tajani (links), ehemaliger Präsident des Europäischen Parlaments, mit seinem Amtsnachfolger David Sassoli (© Europäische Union, 2019)
9. Charles Michel (links), derzeitiger Präsident des Europäischen Rates, mit seinem Amtsvorgänger Donald Tusk (© Europäische Union, 2019)
10. Ursula von der Leyen, Präsidentin der Europäischen Kommission, und ihr Amtsvorgänger Jean-Claude Juncker enthüllen im Berlaymont-Gebäude, dem Hauptsitz der Europäischen Kommission, das Juncker-Porträt in der Galerie der Kommissionspräsidenten. Brüssel (Belgien), 3. Dezember 2019 (© Europäische Union, 2019)
11. Katastrophenschutz Helfer der EU bei einem Einsatztreffen mit den albanischen Kommunalbehörden nach einem Erdbeben der Stärke 6,4, auf das Nachbeben folgten. Kruja (Albanien), 4. Dezember 2019 (© Europäische Union, 2019)

Die EU im Jahr 2019

DAS WICHTIGSTE IM ÜBERBLICK

Veröffentlicht nach Artikel 249 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union



Eine interaktive Fassung dieser Publikation mit Links zu Online-Inhalten ist in den Formaten PDF, EPUB und HTML unter folgender Adresse verfügbar:

europa.eu/general-report/de

Die nachstehende Einleitung wurde aus dem Gesamtbericht über die Tätigkeit der Europäischen Union übernommen, der unter der gleichen Internet-Adresse verfügbar ist.

Die EU im Jahr 2019 – Das Wichtigste im Überblick

Europäische Kommission
Generaldirektion Kommunikation
Redaktionelle Dienste und Gezielte Kommunikation
1049 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË

Print	ISBN 978-92-76-14894-4	ISSN 2443-9088	doi:10.2775/16542	NA-AP-20-001-DE-C
PDF	ISBN 978-92-76-14859-3	ISSN 2443-9312	doi:10.2775/49147	NA-AP-20-001-DE-N
EPUB	ISBN 978-92-76-14840-1	ISSN 2443-9312	doi:10.2775/707659	NA-AP-20-001-DE-E

Die Europäische Kommission haftet nicht für Folgen, die sich aus der Weiterverwendung dieser Veröffentlichung ergeben.

Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2020

© Europäische Union, 2020



Die Weiterverwendung von Dokumenten der Europäischen Kommission ist durch den Beschluss 2011/833/EU der Kommission vom 12. Dezember 2011 über die Weiterverwendung von Kommissionsdokumenten (ABl. L 330 vom 14.12.2011, S. 39) geregelt.

Sofern nichts anderes angegeben ist, wird dieses Dokument zu den Bedingungen einer Lizenz Creative Commons 4.0 International (CC BY 4.0) (<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>) zur Verfügung gestellt. Dies bedeutet, dass die Weiterverwendung zulässig ist, sofern die Quelle ordnungsgemäß genannt wird und etwaige Änderungen angegeben werden.

Für jede Verwendung oder Wiedergabe von Elementen, die nicht Eigentum der EU sind, muss gegebenenfalls direkt bei den jeweiligen Rechteinhabern eine Genehmigung eingeholt werden

BILDNACHWEISE

Alle Fotos: © Europäische Union, sofern nicht anders angegeben.

Vorwort



Ursula von der Leyen,
Präsidentin der Europäischen Kommission

Ich freue mich, Ihnen diesen Bericht über die Tätigkeit der Europäischen Union im Jahr 2019 vorstellen zu dürfen. Da ich erst seit dem 1. Dezember 2019 als Präsidentin der Europäischen Kommission amtiere, möchte ich zunächst meinem Vorgänger Jean-Claude Juncker meine Anerkennung aussprechen, in dessen Amtszeit die meisten der in diesem Bericht dargestellten Erfolge erzielt wurden.

Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai des vergangenen Jahres haben die Bürgerinnen und Bürger Europas klar zum Ausdruck gebracht, was sie von der Union erwarten: Sie soll eine führende Rolle übernehmen und konkrete Maßnahmen ergreifen. Aus diesem Grund habe ich schon vor Jahresende als erste Initiative der neuen Kommission den europäischen Grünen Deal auf den Weg gebracht. Er ist Ausdruck unseres Willens, Europa bis 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent zu machen, und wird sich positiv auf die Menschen, den Planeten und die Wirtschaft auswirken.

Ich hoffe, dass Sie – wie ich – viel Inspirierendes in diesem Bericht finden werden. Die breite Palette der darin beschriebenen Maßnahmen und Initiativen beweist erneut, wie viel wir zusammen erreichen können.

Es lebe Europa!

Ursula von der Leyen



Neue Impulse für Arbeitsplätze, Wachstum und Investitionen

2019 wuchs die europäische Wirtschaft das siebte Jahr in Folge und ließ auch für 2020 und 2021 eine Fortsetzung des Wachstums erwarten. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt blieb stabil: Die Beschäftigung erreichte ein Rekordhoch, und die Arbeitslosigkeit sank mit 6,3 % auf den niedrigsten Stand seit der Jahrtausendwende. Die Staaten profitierten von den niedrigen Zinsen, die öffentlichen Schulden sanken im fünften Jahr in Folge und ein weiterer Rückgang zeichnete sich ab.

Die Weltwirtschaft schwächte sich jedoch ab, und ein hohes Maß an Unsicherheit über die Politik

vieler Mitgliedstaaten schadete der verarbeitenden Industrie. Infolgedessen verschlechterten sich die Aussichten für das Wirtschaftswachstum in Europa, und die Wirtschaft schien vor einer längeren, von gedämpftem Wachstum und Inflation geprägten Periode zu stehen.

Die EU setzt klare Schwerpunkte – Wirtschaftswachstum, Schaffung von Arbeitsplätzen und Investitionen –, wie das ganze Jahr über und in allen Tätigkeitsbereichen deutlich wurde, insbesondere beim Europäischen Semester, dem jährlichen Zyklus der wirtschaftspolitischen Koordinierung und bei

der Überwachung der öffentlichen Finanzen.

Die EU hat ihre Haushaltsmittel bestmöglich genutzt, um durch innovative Programme – wie die Investitionsoffensive für Europa – Investitionen anzuregen. Bis Oktober hatten fast 1 Million kleine und mittlere Unternehmen (KMU) von der Investitionsoffensive profitiert. Insgesamt wurden Investitionen von über 439,4 Mrd. EUR mobilisiert.



Ein vernetzter digitaler Binnenmarkt

Auch 2019 war ein wichtiges Jahr für die Fortsetzung des digitalen Umbaus unserer Wirtschaft und Gesellschaft, der schon heute den Verbraucherinnen und Verbrauchern und den Unternehmen in der EU und darüber hinaus Vorteile bringt. Ermöglicht wurde dies durch ein abgestimmtes Vorgehen der Union.

Telefongespräche und SMS zwischen Mitgliedstaaten sind im Mai billiger geworden – dank neuer Vorschriften, die Preisobergrenzen für Anrufe und Textmitteilungen von Festnetz- und Mobiltelefonen vorsehen. Die Zahl der kostenfreien WLAN-Hotspots in Europa ist gestiegen – dank eines von der EU finanzierten Programms, durch das Städte und

Gemeinden Geld zur Deckung der Einrichtungskosten erhalten können.

Mit weiteren Entwicklungen ist das Fundament für Europas digitale Zukunft gelegt worden. Produkte und Dienstleistungen, die künstliche Intelligenz (KI) nutzen, breiten sich immer weiter aus, und neue EU-Leitlinien werden helfen, die Bürgerinnen und Bürger davon zu überzeugen, dass die Technologie den Menschen dient, anstatt sie zu ersetzen.

Das Bestreben Europas, auf dem Gebiet des Hochleistungsrechnens weltweit führend zu werden, hat durch die Bekanntgabe von acht neuen Supercomputer-Standorten einen kräftigen Schub erhalten.

Bedenken hinsichtlich der Sicherheit wichtiger Kommunikationsnetze und ihres Datenverkehrs wurde Rechnung getragen, etwa durch neue Vorschläge zur Stärkung der Cybersicherheit von 5G-Netzen, eine deutlich stärkere Rolle der Agentur der Europäischen Union für Cybersicherheit, neue EU-Vorschriften für die Cybersicherheitszertifizierung von Produkten, Prozessen und Dienstleistungen und die Zusage, neue, extrem sichere Quantennetzwerke zu entwickeln.

Neue Urheberrechtsvorschriften schließlich werden dafür sorgen, dass die Online-Arbeit von Journalisten und Kreativschaffenden gerechter vergütet und geschützt wird.

DIE EU IM JAHR 2019

Vor dem Hintergrund der in ganz Europa und weltweit spürbaren Auswirkungen des Klimawandels und wachsender Forderungen nach ambitionierteren weltweiten Maßnahmen stand die Klimakrise 2019 weiterhin ganz oben auf der politischen Agenda.

Die EU hat beim Klimaschutz eine weltweite Führungsrolle übernommen: Sie hat Rechtsvorschriften erlassen, mit denen sie ihre Verpflichtungen aus dem Übereinkommen von Paris erfüllt und darüber hinausgeht, und eine langfristige Strategie erarbeitet, mit der Europa bis 2050 zum weltweit ersten klimaneutralen Kontinent werden soll. Im Dezember kam sie bei der Verwirklichung ihrer Ziele mit der Präsentation des europäischen Grünen Deals – der Leitinitiative der Kommission von der Leyen – einen enormen Schritt voran. Der Deal soll die Umweltverträglichkeit unserer Produktion und Mobilität sowie unseres Verbrauchs und unserer Lebensweise verbessern und sicherstellen, dass dabei keine Bevölkerungsgruppe oder Region zurückbleibt.

Die Vollendung der Energieunion hat die weltweit führende Rolle Europas im Bereich der Energieeffizienz und bei den Technologien zur Nutzung erneuerbarer Energien gestärkt und wird die Energiewende in allen Wirtschaftszweigen unterstützen. Im Einklang mit den neuen Governance-Bestimmungen haben die Mitgliedstaaten die Entwürfe ihrer ersten Energie- und Klimapläne der Kommission zur Prüfung vorgelegt.

Darüber hinaus treibt die EU den Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft weiter voran. Sie hat inzwischen alle 54 Maßnahmen im Rahmen des Aktionsplans für die Kreislaufwirtschaft in die Praxis umgesetzt.

Im Juli traten zudem neue EU-Vorschriften zum Verbot bestimmter Einweg-Kunststoffartikel in Kraft, die die Mitgliedstaaten nun in nationales Recht umsetzen müssen.

Ferner setzte die EU ihre Bemühungen um eine verstärkte Finanzierung der Markteinführung innovativer CO₂-armer Technologien fort, und bei der Dekarbonisierung des Verkehrssektors wurden mit der Einführung wichtiger Maßnahmen zur Verringerung der CO₂-Emissionen im Straßen- und Schiffsverkehr gute Fortschritte erzielt.



**Eine krisenfeste
Energieunion mit einer
zukunftsorientierten
Klimaschutzstrategie**

DIE EU IM JAHR 2019

Der Binnenmarkt ist eine der größten Errungenschaften der EU. Er erleichtert unser tägliches Leben und bietet Unternehmen ein einzigartiges Sprungbrett für Innovation und Expansion über Landesgrenzen hinweg. 2019 jährte sich zudem die Schaffung des Europäischen Wirtschaftsraums, mit dem dieser Markt auf Island, Liechtenstein und Norwegen ausgedehnt wurde, zum 25. Mal.

Die EU arbeitet kontinuierlich daran, den Binnenmarkt zu vertiefen und noch vorteilhafter zu gestalten. Im Jahr 2019 legte die Kommission ihre endgültigen Vorschläge zur Vervollständigung des ambitionierten Maßnahmenpakets vor, das in der Binnenmarktstrategie, im Vorschlag zur Kapitalmarktunion und in der Strategie für einen digitalen Binnenmarkt dargelegt ist. Gleichzeitig wurden andere noch nicht verabschiedete Vorschläge vom Europäischen Parlament und vom Rat angenommen.

Infolgedessen können die Menschen in Europa nun sicherere Produkte, unter anderem umweltfreundlichere und sicherere Autos, auf dem EU-Markt erwerben, sind besser vor schädlichen Chemikalien geschützt und erhalten zuverlässigere Informationen über Lebensmittel.

Die EU hat die Verwaltungsverfahren für Unternehmen, die auf dem gesamten Kontinent tätig sein wollen, weiter vereinfacht und dafür gesorgt, dass die Vorschriften durchgesetzt und eingehalten werden. Außerdem wurde es einfacher, Transaktionen in Euro unionsweit abzuwickeln. Behörden können Mehrwertsteuerbetrug jetzt leichter aufdecken. Die neu errichtete Europäische Arbeitsbehörde wird auch einen Beitrag zur Beratung von Bürgern und Unternehmen leisten, die in einem anderen Mitgliedstaat leben, arbeiten oder sich geschäftlich betätigen wollen.

Die Kommission hat mehrere viel beachtete

wettbewerbsrechtliche Beschlüsse gefasst, um gleiche Wettbewerbsbedingungen für Unternehmen zu gewährleisten und das ordnungsgemäße Funktionieren des Binnenmarktes weiterhin zu sichern. Die EU arbeitet auch mit der Industrie und den nationalen Behörden zusammen, damit sich unsere Wirtschaft auf künftige Herausforderungen im Bereich Innovation und Nachhaltigkeit einstellt und weltweit konkurrenzfähig bleibt.



Ein vertiefter und fairerer Binnenmarkt mit gestärkter industrieller Basis



Eine vertiefte und fairere Wirtschafts- und Währungsunion

Die EU betrachtet eine vertiefte Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) als Priorität, da diese ein wirkungsvolles Instrument ist, um mehr Arbeitsplätze zu schaffen, das Wachstum zu stärken, die Investitionen anzukurbeln und mehr soziale Gerechtigkeit sowie ein höheres Maß an makroökonomischer Stabilität und Widerstandsfähigkeit zu erreichen.

Im Juni erzielten die Mitgliedstaaten weitgehendes Einvernehmen über eine Reihe wichtiger Maßnahmen, darunter die Schaffung eines Haushaltsinstruments für Konvergenz und Wettbewerbsfähigkeit für den Euro-Raum.

Wenn der Vertrag über den Europäischen Stabilitätsmechanismus wie vorgeschlagen

überarbeitet wird, könnte über den Rettungsfonds eine finanzielle Letztsicherung für den einheitlichen Abwicklungsfonds, mit dem die Abwicklung ausfallender Banken finanziert wird, bereitgestellt werden.

Im April werden neue Rechtsvorschriften zur Eindämmung der Risiken im Bankensektor erlassen, die zur Stärkung der Bankenunion beitragen werden. Auch die geplante Einführung eines gemeinsamen Einlagenversicherungssystems für Banken im Euro-Raum wurde vorangetrieben, und die Kommission hat Maßnahmen ergriffen, um einen fairen Wettbewerb in diesem Sektor zu gewährleisten.

Unter anderem dank der europäischen Säule sozialer Rechte rückte die Gerechtigkeit in der WWU in

den Vordergrund. So wurden im Juni Rechtsvorschriften zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen verabschiedet, und im August trat eine neue Rechtsvorschrift zur Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben und zur ausgewogenen Aufteilung des Elternurlaubs zwischen Frauen und Männern in Kraft.

Außerdem hat die EU Maßnahmen ergriffen, um den Zugang zu Sozialschutzsystemen zu verbessern und die unternehmerische Initiative zu fördern.

DIE EU IM JAHR 2019

Im Jahr 2019 behauptete die EU weiterhin ihre Position als führende Handelsmacht: Sie ist nach wie vor einer der offensten Wirtschaftsräume weltweit und verfolgt eine ambitionierte Verhandlungsagenda im Bereich des Handels mit dem Ziel, Märkte zu öffnen und für EU-Unternehmen rund um den Globus faire Wettbewerbsbedingungen zu schaffen. Die europäische Wirtschaft ist auf Handel angewiesen: Jede im Export erwirtschaftete Milliarde Euro sichert in Europa 14 000 Arbeitsplätze. Offenheit in Verbindung mit hohen Standards ist und bleibt der beste Weg, um zu erreichen,

dass die Globalisierung allen Menschen in Europa zugutekommt.

Die EU setzt auf ein regelbasiertes multilaterales Handelssystem als Grundlage für Wohlstand. Sie spielte weiterhin eine führende Rolle in der Welthandelsorganisation (WTO), stand für sie ein und unterbreitete Vorschläge für deren Reform. Wenn andere gegen internationale Handelsregeln verstoßen oder unfaire Handelspraktiken anwenden, tritt die EU für die Belange ihrer Unternehmen, Beschäftigten und Bürgerinnen und Bürger ein.

Die EU verteidigte ihre Interessen gegen protektionistische Tendenzen und zunehmende Handelshemmnisse. Es sind strengere und wirksamere Handelsschutzregeln in Kraft getreten. Zudem hat die EU einen neuen Rahmen für die Überprüfung strategischer Investitionen aus Ländern außerhalb der EU geschaffen.

Die EU hat Handelsabkommen mit insgesamt 72 Ländern geschlossen, auf die 40 % des weltweiten Bruttoinlandsprodukts entfallen. 2019 schloss sie ein neues Abkommen mit dem südamerikanischen Handelsblock Mercosur und unterzeichnete ein Abkommen mit Vietnam. Außerdem trat das Handelsabkommen mit Japan in Kraft. Mit China wurde ein Abkommen über den Schutz geografischer Angaben geschlossen. Außerdem hat die EU bei weiteren Verhandlungen – unter anderem mit Australien, Chile und Neuseeland – gute Fortschritte erzielt.



© Fotolia

Mit einer ausgewogenen und fortschrittlichen Handelspolitik die Globalisierung meistern



Ein auf gegenseitigem Vertrauen fußender Raum des Rechts und der Grundrechte

Für eine starke Demokratie sind unabhängige Gerichte, die den Schutz der Grundrechte und bürgerlichen Freiheiten garantieren, eine aktive Zivilgesellschaft und freie Medien, die Pluralismus gewährleisten, unverzichtbar. Im Jahr 2019 beschloss die Kommission eine Reihe von Maßnahmen, mit denen die Rechtsstaatlichkeit in der Europäischen Union durch bessere Förderung, Risikoprävention und Reaktion auf Verstöße gestärkt werden soll.

Der Verbraucherschutz wird durch modernisierte EU-Rechtsvorschriften verbessert, die irreführende Marketingmethoden ins

Visier nehmen, wirksame Sanktionsvorschriften enthalten und Opfern unlauterer Praktiken Rechtsschutz bieten.

Neue Schutzbestimmungen für Hinweisgeber stärken die Durchsetzung der EU-Vorschriften in Fällen, in denen Verstöße das öffentliche Interesse schwer beeinträchtigen würden. Wer ein Risiko eingeht, um Verstöße gegen das EU-Recht aufzudecken, wird von der EU entschlossen geschützt. Die Bestimmungen schützen auch die Meinungs- und die Medienfreiheit, da Hinweisgeber unverzichtbare Quellen für investigative Journalisten sind.

Bei der Europawahl 2019 war die Wahlbeteiligung (mit 50,7 %) so hoch wie seit 1994 nicht mehr. Ein koordiniertes Vorgehen der Mitgliedstaaten und der EU-Organe, auch bei der Umsetzung des Wahlpakets der Kommission, trug dazu bei, die zweitgrößten demokratischen Wahlen der Welt vor Manipulation und Einflussnahme zu schützen.



Hin zu einer neuen Migrationspolitik

Im Jahr 2019 hat die EU die Umsetzung der Europäischen Migrationsagenda, die einen umfassenden und humanen Ansatz für die Migrationssteuerung gewährleistet, fortgesetzt. Seit 2015 haben EU-finanzierte Neuansiedlungsprogramme mehr als 67 000 schutzbedürftigen Flüchtlingen legale und sichere Wege nach Europa eröffnet. Ferner wurden mit mehreren interessierten Mitgliedstaaten innovative Pilotprojekte durchgeführt, um die Arbeitsmigration aus Partnerländern in Afrika zu ermöglichen.

Gemeinsam mit ihren Partnerländern hat die EU weitere Maßnahmen zur Verhinderung der irregulären Migration getroffen, um Schleusernetze in der Sahelzone zu bekämpfen

und sicherzustellen, dass mehr Menschen ohne Aufenthaltsrecht in der EU tatsächlich rückgeführt werden. Ermöglicht wurde dies durch förmliche Rückübernahmeabkommen oder praktische Vereinbarungen über die Rückführung und Rückübernahme mit 23 Ländern.

Ende des Jahres lag die Zahl der irregulären Grenzübertritte um 92 % unter dem Höchststand von 2015. Im Geiste der Solidarität hat die EU seit 2015 über 12 Mrd. EUR bereitgestellt, um schutzbedürftige Flüchtlinge und Migranten in Nachbar- und Partnerländern zu unterstützen. Zudem erhielten die Mitgliedstaaten fast 11,3 Mrd. EUR zur Verbesserung des Migrations- und Grenzmanagements.

Mit dem Inkrafttreten der neuen Verordnung zur Stärkung der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache im Dezember 2019 wurden wichtige Weichen für das europäische Grenzmanagement gestellt. Diese ehrgeizige Verordnung sieht die Einrichtung einer ständigen Reserve mit 10 000 Einsatzkräften vor, die über Exekutivbefugnisse und eigene Ausrüstung verfügt, um bei Bedarf an den EU-Außengrenzen sowie auch auf Ersuchen von nicht unmittelbar benachbarten Ländern eingreifen zu können.

DIE EU IM JAHR 2019

In Zeiten globaler Unruhen, in denen die Idee des Multilateralismus in die Kritik geraten ist, gibt die Europäische Union weltweit den Ton an, wenn es darum geht, die heutigen Herausforderungen durch internationale Zusammenarbeit anzugehen. Im Jahr 2019 hat sich die EU für die Verteidigung und Stärkung der Vereinten Nationen und wichtiger multilateraler Übereinkommen eingesetzt – vom Atomabkommen mit Iran bis hin zu dem Übereinkommen von Paris über den Klimawandel und den Zielen für nachhaltige Entwicklung.

Die EU unterstützte Gespräche unter der Führung der Vereinten Nationen, bei denen die schlimmsten Konflikte unserer Zeit, beispielsweise in Syrien und Libyen, erörtert wurden, und leistete einen Beitrag zu dem von den Vereinten Nationen vermittelten Stockholmer Abkommen über Jemen. Sie begleitete Verhandlungen, die zur Unterzeichnung des Friedensabkommens in Mosambik führten, und unterstützte dessen Umsetzung.

Die EU hat eine internationale Kontaktgruppe zu Venezuela mit europäischen und lateinamerikanischen Ländern eingerichtet, um zu einer friedlichen und demokratischen Lösung der Krise beizutragen. Außerdem veranstaltete sie eine internationale Solidaritätskonferenz für venezolanische Flüchtlinge und Migranten. Wichtige Gipfeltreffen fanden mit der Ukraine, China, Japan und erstmals mit der Liga der Arabischen Staaten statt.

Die EU hat Reformen im westlichen Balkan sowie in der östlichen und südlichen Nachbarschaft unterstützt und ihre Partnerschaften mit diesen Ländern gefestigt.

Sie hat ihre Rolle in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung gestärkt, indem sie in die europäische Verteidigungsindustrie sowie in entsprechende militärische und zivile Fähigkeiten und Technologien investiert hat. Damit ist sie der Einrichtung eines Europäischen Verteidigungsfonds und dem Aufbau engerer Beziehungen zur NATO einen Schritt näher gerückt.

Die EU nahm ihre humanitären Aufgaben weiterhin wahr und stellte 1,6 Mrd. EUR an Hilfe für Länder bereit, die von Naturkatastrophen und vom Menschen verursachten Katastrophen betroffen waren.



Mehr Gewicht auf der internationalen Bühne



Eine Union des demokratischen Wandels

„Wiederherstellung des Vertrauens der Bürger in das europäische Projekt“ war das Ziel von Präsident Jean-Claude Juncker für die Amtszeit zwischen 2014 und 2019. Um dieses Ziel zu erreichen, hat sich die Juncker-Kommission verpflichtet, die EU demokratischer und transparenter zu gestalten.

Das informelle Treffen der Staats- und Regierungschefs der EU in Sibiu (Rumänien) am 9. Mai 2019 bot der EU Gelegenheit, ihre Einheit und ihren Zweck zu erneuern. Die [Erklärung von Sibiu](#) wurde angenommen. Es war der Zeitpunkt und der Ort, um zu zeigen, dass die Anliegen der Bürger in der Strategischen Agenda der Union berücksichtigt werden. Die Bürger antworteten mit der höchsten Beteiligung bei den Wahlen zum Europäischen Parlament seit 1994, wobei mehr als 50 % der wahlberechtigten Europäer die Möglichkeit nutzten, ihre Stimme abzugeben.

Um den Bürgern die Gestaltung von Europa zu erleichtern, wurden im Jahr 2019 auch die Regeln für die Europäische Bürgerinitiative dahin gehend geändert, dass für die Bürger nunmehr die Möglichkeit besteht, die Europäische Kommission zur Vorlage eines Legislativvorschlags aufzufordern. Die reformierten Vorschriften sollen die Initiative zugänglicher und benutzerfreundlicher machen.

Die EU kontaktieren

BESUCH

In der Europäischen Union gibt es Hunderte von „Europe Direct“-Informationsbüros. Über diesen Link finden Sie ein Informationsbüro in Ihrer Nähe:

https://europa.eu/european-union/contact_de

TELEFON ODER E-MAIL

Der Europe-Direct-Dienst beantwortet Ihre Fragen zur Europäischen Union. Kontaktieren Sie Europe Direct

- über die gebührenfreie Rufnummer: 00 800 6 7 8 9 10 11 (manche Telefondienstleister berechnen allerdings Gebühren),
- über die Standardrufnummer: +32 22999696 oder
- per E-Mail über: https://europa.eu/european-union/contact_de

Informationen über die EU

IM INTERNET

Auf dem Europa-Portal finden Sie Informationen über die Europäische Union in allen Amtssprachen:

https://europa.eu/european-union/index_de

EU-VERÖFFENTLICHUNGEN

Sie können – zum Teil kostenlos – EU-Veröffentlichungen herunterladen oder bestellen unter <https://op.europa.eu/de/publications>. Wünschen Sie mehrere Exemplare einer kostenlosen Veröffentlichung, wenden Sie sich an Europe Direct oder das Informationsbüro in Ihrer Nähe (siehe https://europa.eu/european-union/contact_de).

INFORMATIONEN ZUM EU-RECHT

Informationen zum EU-Recht, darunter alle EU-Rechtsvorschriften seit 1952 in sämtlichen Amtssprachen, finden Sie in EUR-Lex: <https://eur-lex.europa.eu>

OFFENE DATEN DER EU

Über ihr Offenes Datenportal (<https://data.europa.eu/euodp/de>) stellt die EU Datensätze zur Verfügung. Die Daten können zu gewerblichen und nichtgewerblichen Zwecken kostenfrei heruntergeladen werden.

Die Europäische Union im Jahr 2019



(*) Diese Bezeichnung berührt nicht die Standpunkte zum Status und steht im Einklang mit der Resolution 1244/1999 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen und mit dem Gutachten des Internationalen Gerichtshofs zur Unabhängigkeitserklärung des Kosovo.

- Mitgliedstaaten der Europäischen Union (2019)
- Beitrittskandidaten und potenzielle Beitrittskandidaten

